

Es informiert Sie	Gabriele Schubert
Telefon (0202)	563 6322
Fax (0202)	563 8031
E-Mail	gabriele.schubert@stadt.wuppertal.de
Datum	01.07.09

Niederschrift

über die öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses (SI/7650/09) am 25.06.2009

Anwesend sind die Stadtverordneten:

Vorsitz

Frau Renate Warnecke ,

von der CDU-Fraktion

Herr Andreas Bergmann , Frau Dorothea Glauner (für Frau BM Silvia Kaut), Herr Karl-Heinz Huthwelker , Herr Jan Phillip Kühme , Frau Ute Mindt (für Herrn Dirk Jaschinsky), Herr Michael Müller ,

von der SPD-Fraktion

Herr Volker Dittgen (für Frau Sanda Grätz), Herr Thomas Kring (für Frau Barbara Dudda-Dillbohner),

von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Frau Gerta Siller ,

von der Ratsgruppe FDP

Herr Ralf Otto Jacob ,

als fraktionsloses Mitglied

Herr Christoph Grüneberg ,

berat. Mitglied § 58 I S. 7 GO NRW

Frau Elisabeth August (Ratsgruppe Die Linke) ,

berat. Mitglied § 58 I S. 11 GO NRW

Herr Wolfgang Schulze (Ratsgruppe REP) ,

von der Verwaltung

Herr StD Dr. Johannes Slawig , die Beigeordneten Herr Harald Bayer , Herr Frank Meyer , Herr Geschäftsbereichsleiter Matthias Nocke ,

Herr Norbert Dölle (403.1), Herr Claus-Jürgen Kaminski (401), Herr Peter Kobelt , Frau Martina Schmidt , Herr Burckhard Block , Herr Franz Heilmann , Herr Klaus Zieglam , Prüferinnen und Prüfer (002) ,

Schriftführerin

Frau Gabriele Schubert

Beginn: 16:05 Uhr

Ende: 16:25 Uhr

Vor Eintritt in die Tagesordnung entschuldigt die **Vorsitzende** Herrn Oberbürgermeister Jung, Herrn Beigeordneten Uebrick und Herrn Beigeordneten Dr. Kühn. Die **Vorsitzende** stellt fest, dass die Tagesordnung rechtzeitig zugegangen sei und es keine Anmerkungen gebe.

I. Öffentlicher Teil

1 Verantwortung für die sachgerechte Personalausstattung des RPA Zuständigkeit für die Dienstanweisung Vergabevorprüfung Vorlage: VO/0485/09

Keine Wortmeldungen

Der Rechnungsprüfungsausschuss nimmt die Drucksache Nr. VO/0485/09 ohne Beschluss entgegen.

2 Prüfung von Maßnahmen im Rahmen des Konjunkturpaketes II durch das Rechnungsprüfungsamt Vorlage: VO/0492/09

Herr Kobelt führt ergänzend aus, die Prüfung der Maßnahmen des Konjunkturpaketes II sei aufwändiger als erwartet. In den Zuwendungsbescheiden würden zusätzliche Forderungen gestellt. So müssten auch die Vergaben, die Verwendung der Mittel und andere Aspekte geprüft werden. Bezüglich der Maßnahmen, die bis jetzt beim RPA eingegangen seien, habe man alle Teil-Testierungen vornehmen können. Für das RPA sei dies sehr arbeitsintensiv gewesen, es sei aber bewältigt worden. Da es in Zukunft Engpässe geben könne, sei seitens des RPA überlegt worden, wie diese zu überwinden seien. Es habe gestern anlässlich eines Gesprächs bei Herrn OB Jung, an dem auch Herr StD Dr. Slawig teilgenommen habe, vorgeschlagen, im Bedarfsfall ehemalige Prüfer des RPA für Prüfungen von Projekten des Konjunkturpaketes II kurzzeitig einzusetzen. Langfristig trage die im August anstehende Wiederbesetzung einer der freien Stellen im RPA zur Entlastung bei.

Frau Schmidt berichtet, das RPA habe im Rahmen der begleitenden Prüfung zusammen mit dem Gebäudemanagement (GMW) eine Teil-Testierung entwickelt. Es sei vor dem Ratsbeschluss geprüft worden, ob die geplanten Projekte förderfähig seien. Die sehr aufwändige Teil-Testierung sei unter Beteiligung aller RPA-Mitarbeiter erfolgt; teilweise hätten Projekte in wenigen Tagen geprüft werden müssen. Man habe alle vorgelegten Projekte fristgerecht zurückgeben können. Alle Projekte hätten testiert werden können. In einem Fall, der auch mit Herrn Dr. Slawig und dem GMW besprochen worden sei, habe es einen Vorbehalt gegeben. Hier seien vom RPA Lösungen für eine förderunschädliche Vorgehensweise aufgezeigt worden. Die Teil-Testate seien nur für den Zeitpunkt gültig, zu dem die Unterlagen vorgelegt worden seien. Beim Fortschreiten der Projektumsetzung müsse dann immer wieder geprüft werden. Damit die Förderfähigkeit gewahrt bleibe, sei es wichtig, dass alle Beteiligten den Prüfbemerkungen des RPA und den Vereinbarungen, die in gemeinsamen Gesprächen getroffen würden, Folge leisteten. Außer vom GMW seien auch aus dem Bereich „Städtebauförderung“ zwei Maßnahmen vorgelegt worden, die testiert werden konnten. Das Thema „Straßenbeleuchtung“ könne zurzeit vom RPA nicht testiert werden. Es sei aber noch eine Abstimmung mit der Bezirksregierung in Arbeit, die das Ziel habe, die Bezirksregierung eventuell doch von einer Förderfähigkeit zu überzeugen, da viele Städte entsprechende Ideen gehabt hätten.

Herr StD Dr. Slawig bestätigt die Ausführungen von Herrn Kobelt und Frau Schmidt. Die vom Innenminister des Landes NRW vorgegebenen Grundsätze für die Umsetzung des Konjunkturprogrammes II sähen höhere Anforderungen vor als ursprünglich erwartet. Bei der Bearbeitung und Prüfung sei daher auch der Einsatz von Ressourcen höher als erwartet. Auch im Namen des Oberbürgermeisters bedanke er sich ausdrücklich beim RPA dafür, dass es innerhalb der kurzen Zeit gelungen sei, die Teil-Testierung der vorgelegten Maßnahmen abzuschließen. Dies sei eine große Anstrengung gewesen und sei nur dadurch ermöglicht worden, dass Prüferinnen und Prüfer eindeutig Prioritäten gesetzt hätten. Die Verwaltungsleitung trage ausdrücklich mit, dass wegen begrenzter Ressourcen andere Aufgaben zurückgestellt würden. Dies gelte auch für die Prüfung der Eröffnungsbilanz und den Jahresabschluss. Die Idee des „Pools“, die aus dem RPA selber komme, sei gerade schon angesprochen worden. Im gestrigen Gespräch sei diese Idee im Grundsatz sofort vereinbart worden. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die früher beim RPA waren und jetzt in anderen Teilen der Verwaltung eingesetzt seien, könnten danach bei Bedarf kurzfristig für die Prüfung von Teilen der Umsetzung des Konjunkturprogramms eingesetzt werden. Es gebe bereits eine Liste der in Frage kommenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Er werde die betreffenden Personen in Kürze einladen und informieren. Der Einsatz habe Priorität. Mit den dargestellten Maßnahmen sei man für die Umsetzung des Konjunkturpakets gut ausgestattet. Es solle alles daran gesetzt werden, jeden Euro abrufen zu können und keinen Euro zurückgeben zu müssen.

Frau Stv. Siller bedankt sich im Namen ihrer Fraktion für die Arbeit des RPA. Irritiert hätten sie die beiden Ausnahmen: Im ersten Fall frage sie sich, um was es konkret gehe. Bei der Straßenbeleuchtung gebe es in anderen Bundesländern keine Probleme. Sie fragt, inwiefern sich aus den Richtlinien des Innenministers in Nordrhein-Westfalen ergebe, dass es nicht möglich sei, die Straßenbeleuchtung zu fördern.

Herr StD Dr. Slawig antwortet, im Fall der Straßenbeleuchtung handele es sich um eine Rechtsauslegung des Innenministers des Landes Nordrhein-Westfalen. Der Bund habe in seinen gesetzlichen Regelungen Maßnahmen des Straßenbaus ausgeschlossen. Der nordrhein-westfälische Innenminister habe dann erklärt, dass die Straßenbeleuchtung als Teil von Straßenbaumaßnahmen von der Förderung ausgeschlossen sei und habe diese Auffassung auch mehrfach bestätigt. Sie sei also zurzeit maßgeblich, es werde aber daran gearbeitet, den Innenminister von einer anderen Rechtsauffassung zu überzeugen. Er sei gespannt, ob dies auch angesichts des Zeitdrucks gelinge. In anderen Bundesländern werde eine andere Rechtsauffassung vertreten.

Herr Beig. Meyer ergänzt, in anderen Bundesländern werde die Straßenbeleuchtung nicht als Teil der Straße angesehen sondern zum Einen als Mittel zur Aufrechterhaltung der Sicherheit und Ordnung, zum Anderen werde das Thema Energieeffizienz in den Vordergrund gerückt. Durch diese Betrachtung sei die Straßenbeleuchtung dort förderfähig.

Der Rechnungsprüfungsausschuss nimmt die Drucksache Nr. VO/0492/09 ohne Beschluss entgegen.

Warnecke
Vorsitzende

Schubert
Schriftführerin